

Für die Einheit von Wort und Tat

In den letzten Monaten hat die Parteiorganisation beim Rat des Bezirkes Leipzig gute Erfolge bei der politisch-ideologischen Erziehung der Genossen und parteilosen Kollegen zu verzeichnen. Wir haben uns vor allem mit den Genossen auseinandergesetzt, bei denen Anzeichen der Verspießerung vorhanden waren, die die Normen des Parteilebens mißachteten und die in bestimmten grundsätzlichen Fragen eine prinzipienlose Haltung an den Tag legten.

Was als Merkmal für parteimäßiges Verhalten des einzelnen Genossen anzusehen ist, war in unserer Parteiorganisation in der Vergangenheit nicht immer klar. Es war üblich, diejenigen Genossen als aktive Parteimitglieder zu bezeichnen, die regelmäßig die Mitgliederversammlungen besuchten, ebenso auch am Parteilehrjahr teilnahmen und pünktlich die Parteibeiträge bezahlten. Bei den Mitgliederversammlungen, die wir zur Auswertung des 33. Plenums durchführten, gelang es uns, klarzumachen, daß diese drei Merkmale nicht ausreichen, um das parteimäßige, d. h. das kämpferische und prinzipienfeste Verhalten eines Mitgliedes unserer Partei auszudrücken. Wir stellten z. B. fest, daß ein Teil unserer Genossen zu bestimmten Problemen nicht Stellung nahm und es mit diesen Genossen keine ernsthafte Aussprache über die Gründe ihres „neutralen“ Verhaltens gab. Ein derartiger Liberalismus senkt natürlich auch das ideologische Niveau der ganzen Parteiorganisation und führt schließlich, wie die Praxis bewies, zur politischen Sorglosigkeit, zu einem prinzipienlosen Verhalten. Ein Beispiel aus dem Leben unserer Parteiorganisation soll diese Behauptung illustrieren.

In der Abteilung örtliche Wirtschaft beim Rat des Bezirkes wurde Mitte des vergangenen Jahres der Oberreferent für Maschinenbau, Kaiser, republikflüchtig. In einer Gewerkschaftsversammlung der Abteilung wurde dazu Stellung genommen und Kaiser als ein Verräter an der Arbeiter-und-Bauern-Macht bezeichnet und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen. Dem Anschein nach war nun politisch alles in Ordnung. Alle Mitarbeiter der Abteilung, Genossen und Parteilose, hatten sich ja von Kaiser „distanziert“, ihn als einen Verräter „gebrandmarkt“. Was wollte man also noch mehr?

Auch die Leitung der Parteiorganisation beim Rat des Bezirks gab sich mit diesem formalen Ergebnis zufrieden. Sie drang nicht darauf, über diesen Fall auch in der Abteilungsparteiorganisation zu diskutieren, denn Kaiser war ja „parteilos“. Aber in der Gewerkschaftsversammlung, die Kaiser verurteilte, traten nur zwei Genossen auf. Alle anderen stimmten der Entschließung zu, ohne sich dazu zu äußern. Hatten sie auch mit dem Herzen zugestimmt? Waren alle von der Richtigkeit der Entschließung überzeugt? Die Leitung der Parteiorganisation beim Rat nahm das an. Das war ein aus Sorglosigkeit und Bequemlichkeit begangener politischer Fehler, der sich rächen sollte. Der Parteileitung war doch bekannt, daß Kaiser in seiner Abteilung als „guter Kollege“ bezeichnet wurde. Es war bekannt, daß er gute Freunde hatte und daß gerade diese in der Gewerkschaftsversammlung geschwiegen hatten. Trotz dieses Wissens um die Situation in der Abteilung örtliche Wirtschaft unterließ es die Parteileitung seinerzeit, dafür zu sorgen, daß dort eine gründliche Auseinandersetzung erfolgte. Das politische Ziel dieser Auseinandersetzung hätte darin bestehen müssen zu erreichen, **daß** alle Mitarbeiter der Abteilung ohne Ausnahme die ganze Verwerflichkeit der Republikflucht Kaisers richtig einzuschätzen und die persönliche Erbärmlichkeit des „guten Kollegen“ zu erkennen vermochten. Nach einer solchen Klärung der Begriffe hätte Kaiser keinen Freund mehr in dieser Abteilung haben dürfen.